

Volksstimme

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ostpreußen-Schlesien je mm 0,12 Platz für die achtzehnte Seite, außerhalb 0,14 Zl. Anzeigen unter Zert 0,50 Zl. von außerhalb 0,60 Zl. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 30. 11. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsberg, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto: P. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanlagen: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2037; für die Redaktion: Nr. 2004

Sozialistischer Wahlsieg in Braunschweig

Deutschnationale Niederlage — Auch Zentrum und Volkspartei verlieren

Braunschweig. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis verteilen sich die Sitze im neuen braunschweigischen Landtag wie folgt: Sozialdemokraten 24 (19), Kommunisten 2 (2), Demokraten 2 (2), Deutschnationale 5 (10), Deutsche Volkspartei 8 (9), Wirtschaftsverband 4 (4), Haus- und Grundbesitzer 2 (0), Braunschweigisch-niederländische Partei 0 (1), Nationalsozialisten 1 (1), Zentrum und Volksrechtspartei bekommen ebenso wie die Braunschweigisch-niederländische Partei keinen Sitz.

Braunschweig. Die Landtagswahlen in Braunschweig haben nach bisher vorliegenden Meldungen folgendes vorläufiges Stimmenergebnis:

| | 1927 | 1924 |
|-------------------------------|---------|---------|
| Sozialdemokraten | 117 534 | 103 463 |
| Deutschnationale | 24 500 | 51 289 |
| Deutsche Volkspartei | 37 400 | 47 520 |
| Wirtschaftliche Einheitsliste | 19 525 | 23 030 |
| Demokrat. Partei | 12 325 | 14 775 |
| Kommunisten | 12 440 | 12 527 |
| Nationalsozialisten | 9 565 | 9 479 |
| Braunschw. N. S. Part. | 3 310 | 8 791 |
| Zentrum | 3 935 | 4 359 |
| Haus- und Grundbes. | 11 100 | — |
| Volksrechtspartei | 4 400 | — |

Attentatsversuch gegen Genossen Geik

Sechs Revolvergeschüsse — Der Wiener Bürgermeister unverletzt

Wien. Auf den Wiener Bürgermeister Geik wurde Sonnabend abend beim Wiener Nordwestbahnhof ein Revolverattentat verübt. Ein ungefähr 30 Jahre alter Mann gab sechs Schüsse aus einem Revolver auf den Bürgermeister ab, der unverletzt blieb. Der Attentäter suchte zu fliehen wurde aber von der Menge ergriffen.

Der Bürgermeister hatte eine Begrüßungsansprache des Besitzers des Schneepalastes, des bekannten norwegischen Schneeschuhläufers Dagfin Carlson, mit Glückwünschen zur Begründung des neuen Sportpalastes beantwortet und den ersten Sprungversuch hervorragender Stiläufer auf der künstlichen Schneebahn beigesteuert.

Als er sein Auto bestieg, stürzte aus der Menge ein etwa 30jähriger, gut gekleideter Mann mit weißem Halsuch gegen den Wagen vor und gab sechs Revolvergeschüsse ab. Das Auto des

Bürgermeisters hat sich bereits in Gang gesetzt und fuhr nach dem Rathaus. Der Bürgermeister und seine Begleiter blieben durch ein Wunder unverletzt.

Der Attentäter versuchte zu fliehen und sprang auf einen vorüberfahrenden Wagen der elektrischen Straßenbahn. Polizeidirektor Landier, der in Vertretung des Polizeipräsidenten Schuber der Eröffnungsfeier beiwohnte, und mehrere Polizeioffiziere sprangen über die Gittertür des Wagens dem Täter nach, warfen ihn zu Boden und verhafteten ihn. Der Täter ist der stellungslose Schauspieler Richard Strebinger.

Wie weiter mitgeteilt wird, hat Strebinger bereits alle politischen Parteien durchlaufen, ist vom radikalen Kommunisten bei den Hitleranhängern geendet. Als Motiv gibt St. an aus Not das Attentat verübt zu haben, um die Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

Beruhigung in Litauen

Eine Erklärung Woldemaras

Kiga. Die hier hartnäckig umlaufenden Gerüchte über einen Sturz der Woldemarasregierung und einen Putsch in Kowno haben sich als unbegründet erwiesen. Wie feststeht, herrscht bis jetzt in Kowno Ruhe. Sonntag fanden eingehende Beratungen aller Parteipräsidenten statt. Die gesamte litauische Presse verlangt die Bildung einer nationalen Einheitsfront in Anbetracht der ersten außenpolitischen Lage. Die Woldemarasregierung hat Zusage mit den Christlich-Demokraten und den Volkssozialisten aufgenommen, um eine Koalition herbeizuführen. Vorläufig steht jedoch die Bildung einer Koalition auf Schwierigkeiten.

Der litauische Gesandte in Moskau teilt mit, daß Russland alles tun werde, um Litauen zu schützen, doch erwartet man hier, daß Russland sich auf Protestnoten beschränken und selbst im Falle eines polnischen Angriffes nicht zum letzten Mittel des bewaffneten Einschreitens greifen werde. Dessen ungeachtet erregt es hier großes Aufsehen, daß der russische Militärvertreter

für die baltischen Staaten in Kowno eingetroffen ist, und mit den zuständigen Stellen Verhandlungen führt.

Die Vertreter Englands und Frankreichs begaben sich aus Kowno nach Wilna. Man erwartet dadurch eine Entspannung der Lage.

Die litauische Gesandtschaft bestätigt der Telegraphen-Union, daß die Gerüchte über Unruhen in Kowno ganz unbegründet seien. Woldemaras verhandelt außer mit den angegebenen Parteien noch mit der Bauernpartei über die Bildung einer Koalitionsregierung. Die Verhandlungen ständen bereits vor einem günstigen Abschluß. Alle Parteien hätten erklärt, daß sie für die litauischen Landesverräter, die sich in Wilna versammelt hätten, nur Abscheu empfinden. Die Gerüchte, daß letztere unter den Generalstabsoffizieren in Kowno, Gesinnungsgenossen hätten, seien unbegründet. Der Ernst der Lage habe alle Parteien zusammengeschlossen.

Polen wiederholt ständig seine freundlichen Absichten und gleichzeitig macht es Pläne, Litauen zu annektieren. Litauen hat davon aber keine Furcht. Litauen ist kein Angriffsstaat und hat nicht die Absicht, Polen zu überfallen. Aber das litauische Volk ist bereit, seinen Staat bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Ponische Beiträge für die Danziger Deichbauten

Danzig. Durch eine Entscheidung des Kommissars des Völkerbundes ist die Verpflichtung Polens zur Zahlung von Deichbeiträgen für die dem polnischen Festland gehörigen Geländes an der Danziger Deichverbund anerkannt worden. Diese Entscheidung entspricht einem im Mai gestellten Ersuchen Danzigs dem gegenüber Polen den Standpunkt vertreten hatte, daß der polnische Fiskus weder für die verfloßenen, noch für die kommenden Jahre Deichbeiträge zu zahlen habe.

Der Schnellzug Brüssel—Calais entgleist

Brüssel. Der zwischen Brüssel und Calais mit 160 Kilometer Geschwindigkeit verkehrende Schnellzug ist bei Eis entgleist. Fünf Wagen sind aus den Schienen geworfen worden, wobei acht Personen schwere Verletzungen erlitten.

Die Regierungskrise in Belgien

Von Emile Vandervelde, Brüssel.

Nach etwa eineinhalbjährigem Bestehen hat sich die Regierung Jaspars, die ausschließlich mit der Aufgabe der finanziellen Sanierung von den drei wichtigsten politischen Parteien Belgiens, den Katholiken, den Liberalen und den Sozialisten, gebildet worden war, aufgelöst. Dies war vorauszusetzen: die Regierungserklärung des Jahres 1926 hatte es bereits angekündigt. Der Waffenstillstand, den die Parteien schlossen, sollte den Sturz des Franken ins Bodenlose verhindern, die schwebende Schuld konsolidieren, die Währung stabilisieren, kurz allen und insbesondere den Arbeitern die fürchterlichen Folgeerscheinungen der Inflation ersparen. Sobald dies erreicht und die erforderlichen Aufwertungen für die Staatsangestellten, die alten Pensionisten, die Opfer von Arbeitsunfällen, durchgeführt waren, hatte die Regierung Jaspars keine Existenzberechtigung mehr. Sie konnte nur mehr ein Scheinleben führen. Ihre Auflösung vollzog sich in gegenseitigem Einverständnis.

Bereits auf dem Weihnachtstongress 1926 der Arbeiterpartei hatte ich im Namen unseres Generalrates erklärt, daß der Waffenstillstand der Parteien zweifellos noch vor dem Ende des Jahres 1927 aufgehoben sein werde und die Arbeiterpartei unterdessen eine kraftvolle parlamentarische Aktion, insbesondere zugunsten der Herabsetzung der Militärdienstzeit auf sechs Monate, einleiten sollte.

Auf der anderen Seite eröffnete der Landesverteidigungsminister de Broqueville zu gleicher Zeit wie der französische Generalstab einen Feldzug für die Errichtung von Beschäftigungswerken an der Ostgrenze. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, erklärte auch er, daß das Land einer Invasion offen stehe, daß Deutschland in der Lage wäre, am ersten Tag eines Krieges nicht hunderttausend, sondern dreihunderttausend kriegsgeworbene Männer in den Dienst zu stellen. Er forderte, daß angesichts dieser Lage die belgische Armee reorganisiert, ihre Räder verstärkt, ihre materiellen Verteidigungsmittel vermehrt werden; aber er erklärte auch, daß die Heeresreform begleitet werden sollte und müsse von einer Herabsetzung der Militärdienstzeit. Er ließ sogar durchblicken, daß diese Herabsetzung, wie es die Sozialisten verlangten, von der gegenwärtigen zehnmonatlichen bis zu einer sechsmonatlichen Dienstzeit gehen könne.

Vom Ministerrat aufgefodert, formulierte Vorschläge zu unterbreiten, übernahm de Broqueville die Verpflichtung, sie beim Wiederzusammentritt der Kammer, also im November vorzulegen. Demgemäß arbeitete er einen Vorentwurf aus, der dem Ministerrat niemals vorgelegt wurde, aber die Zustimmung des Ministerpräsidenten fand. Er enthielt, wie es scheint, die sechsmonatliche Dienstzeit, aber erst in einem späteren Termine und auf Grund von Bedingungen, die die Sozialisten niemals hätten annehmen können. Dieser Vorentwurf stieß aber noch dazu auf den unbefriedigbaren Widerstand des Generalstabes, der es kategorisch ablehnte, in der gegenwärtigen Situation eine Herabsetzung der Dienstzeit unter zehn Monate ins Auge zu fassen. Der Landesverteidigungsminister unterwarf sich den „militärischen Autoritäten“ und erklärte im November, daß er keinelei Formel vorzuschlagen habe.

Während dieser Zeit war aber die Bewegung zugunsten der sechs Monate von der sozialistischen Jugend mit außerordentlicher Kraft geführt worden und die gesamte Arbeiterpartei, an der Spitze die sozialistischen Minister, hatten sich ihr angeschlossen. Die Regierung mußte zugeben, daß sie in einer Frage, die sie selbst in den Vordergrund ihrer Bestrebungen gestellt hatte, keinerlei Lösung hatte. Die sozialistischen Regierungsmitglieder dagegen sprachen und demonstrierten zugunsten der sechs Monate. Jaspars war der Ansicht, daß die Lage des Kabinetts unter diesen Umständen unhaltbar sei. Um aus dieser Situation herauszugelangen und Zeit zu gewinnen, schlug er vor, die Frage in einer Kommission zu begraben und zu diesem Zwecke eine gemischte Kommission zu bilden, in der die Heeresleitung, die sich gegen die Verkürzung der Dienstzeit ausgesprochen hatte, die Hälfte der Sitze innehaben sollte. Ueberdies sollte vereinbart werden, daß die sozialistischen Minister während der Zeit, in der die Kommission tagen würde, ihre Aktion für die sechs Monate auf halbe Kraft stellen sollten, wogegen übrigens ihre bürgerlichen Amtskollegen die gleiche Verpflichtung übernehmen. Ein dergleichen Vorschlag war offenkundig unannehmbar. Die Ablehnung war das Signal für die Krise des Ministeriums. Die Krise hat bekanntlich keine achtundvierzig Stunden gedauert. Dem Ministerium Jaspars folgte ein anderes Kabinett Jaspars, das alle antizipatorischen Kräfte von den Radikalen bis zu den christlichen Demokraten, obwohl sich diese für die sechsmonatliche Dienstzeit erklärt hatten, in einem „nationalen Block“ vereinte. Dieser Block, dessen Zusammensetzung geradezu grotesk widerspruchsvoll ist, zeigt zunächst keine anderen Absichten, als für einige Zeit zu bestehen, alles auszuhalten, was ihn sprengen könnte und keine Aktion darauf zu beschließen, die Militärsprojekte in einer Kommission zu begraben und große öffentliche Arbeiten durchzuführen, die von der bisherigen Regierung projektiert waren.

So beschneiden auch die Pläne der Regierung sein mögen, so sind ihre Absichten sich zu halten, wenigstens bis zu den Wahlen von 1929, außerordentlich gering. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, die Kräfte auf beiden Seiten gegenüber zu stellen:

Ein Kommuniqué der litauischen Regierung

Warschau. Wie der „Kurjer Poranny“ aus Wilna berichtet, hat die litauische Regierung ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt:

Die Absichten Polens auf Litauen beunruhigten die Öffentlichkeit. In Kowno spreche man von einer beabsichtigten Bombardierung der Stadt und verlange den Rücktritt der Regierung. Dieses Verlangen habe aber keinen Zweck, da der Rücktritt der Regierung Litauen in den Augen des Völkerbundes Schaden und nur für Polen günstig sein würde. Polen wolle seine Annektionspläne mit Rücksicht auf den Völkerbund nicht durch einen öffentlichen Krieg, sondern mit Hilfe der sogenannten Emigranten erreichen. Angeblich werde der Führer der von Polen unterstützten Emigranten, Pleškaitis, auch zur Völkerbundstagung nach Genf kommen.

Das Kommuniqué endet mit folgenden Worten: „Es wird bei uns über die Notwendigkeit, sich mit Polen zu verständigen, viel gesprochen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß weder Litauen an Polen, noch Polen an Litauen den Krieg erklärt hat. Da bisher keine formelle Kriegserklärung vorliegt, kann auch kein Friede beschlossen werden.“

Polnisch-Schlesien

Gegen die Verschlechterung der Schlesiſchen Wahlordnung

Demonstrations-Versammlung der P. P. S.

Die P. P. S. berief für den gestrigen Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, in den Reichshallen-Saal in Kattow...

Das Hauptreferat hielt in polnischer Sprache der Genosse Binickiewicz. Er sprach zunächst über die reaktionären Zeiten des früheren monarchistischen Preußen...

Als zweiter Redner sprach Genosse Gornj von unserer D. S. U. P. in deutscher Sprache. Derselbe beschränkte sich lediglich auf das Thema der Verschlechterung der schlesiſchen Wahlordnung...

Genosse Janta von der P. P. S. sprach alsdann noch kurz über die Machtverhältnisse der Arbeiter und Kapitalisten und begründete schließlich die vorgelegte Resolution...

Wir werden auf die Angelegenheit des Schlef. Sejm demnächst in einem ausführlichen Artikel noch zurückkommen.

Aus dem Schulwesen

In der alten Stadterordnetenversammlung in Kattow, entbrannte ein heftiger Kampf wegen den zwei untersten Gymnasialklassen, die abgeſchaft werden sollten.

In den Regierungskreisen steht man auf dem Standpunkte, daß das Schwergewicht auf die Volksschule gelegt werden soll. Die Volksschule muß gehoben werden und soll als Hauptlehranstalt für alle Kinder gelten.

vergrößert. Doch hat die Ausdehnung dieser Schulen ihre Grenzen. Schon die heutigen 60 Handelsschulen sind zuviel des Guten. Es soll nicht gesagt werden, daß wir zuviel Handelsschulen haben, im Gegenteil, wir könnten noch einige mehr vertragen...

Der Tod im Schacht

Am 17. Dez. v. Js. ereignete sich im Bergwerk „Richtofen“ in Janow ein schwerer Unglücksfall. Infolge unregelmäßiger Bedienung der Schachtaufzüge zur Förderung der Kohle an die Oberfläche kam ein Arbeiter, namens Suda, an eine hervorragende Eisenkante zu hängen, von der er dann, als die hierdurch eingetretene Störung in dem Auf- und Niedergang des Aufzuges behoben werden sollte, in die Tiefe des Schachtes hinunterfiel...

Wegen Verursachung dieses Unglücksfalles durch Unachtsamkeit und nachlässiger Bedienung des Schachtaufzuges hatten sich gestern vor der Strafkammer in Kattow, unter Vorsitz des Direktors Miszke, zwei in diesem Bergwerk beschäftigte Signalisten, Walbert Dpolka und Edward Wjglenda zu verantworten. Es lag den Angeklagten zur Last, daß Dpolka, der an der Oberfläche des Schachtes den Dienst versah, als die Störung in der Aufwärtsbewegung des Aufzuges eingetreten war, es versäumt hatte, durch Signalgebung über die Ursache der Störung sich mit dem in der Tiefe des Schachtes den Signaldienst versehenen Wjglenda zu verständigen...

In der gestern durchgeführten Verhandlung wurde festgestellt, daß die Abweichung in dem normalen Funktionieren der Aufzüge durch eine Ungleichmäßigkeit in der Belastung der beiden in Betracht stehenden Aufzüge hervorgerufen worden sei, welche Ungleichmäßigkeit wieder ihre Ursache in dem zu jener Zeit herrschenden Wagenmangel hatte. Der erstangeklagte Dpolka erklärte, daß er sich keiner Schuld bewußt fühle, weil nach dem, wie er die Sachlage übersehen hatte, für ihn kein Grund vorlag, sich mit dem in dem unteren Schacht dienstituenden Signalisten Wjglenda durch Signalgebung zu verständigen. Er konnte nicht vermuten, daß die Störung mit einem so schweren Unglücksfall in Zusammenhang stehe. Der zweitangeklagte Wjglenda widerstellte auch jede Schuld in Abrede, da er, wie er behauptete, zum Telefonen geeilt sei, um sich mit dem Maschinisten zu verständigen. Bevor aber diese Verständigung erlangt werden konnte, war der Unglücksfall schon eingetreten.

Der in der Sache einvernommene Sachverständige aus dem Beamtenstande der Bergbehörde erklärte, daß der Unfall wohl vermieden worden wäre, wenn der Signalist Dpolka mit Wjglenda durch Signalzeichen sich verständigt haben würde, wozu aber unter den obwaltenden Umständen, nach den im Bergbaudienste bestehenden Regeln, im kritischen Falle keine Verpflichtung für ihn vorgelegen war.

Auf Grund der Ergebnisse des durchgeführten Beweisverfahrens sprach der Gerichtshof beide Angeklagten von der Anklage frei, da der Unfall nur auf ein Zusammentreffen unglückseliger Zufallsmomente zurückzuführen sei.

Ein sensationeller politischer Prozeß

Vor der Rybniker Strafkammer nahm am Donnerstag ein politischer Prozeß seinen Anfang, der ob seiner Zusammenhänge ein sensationeller zu werden verspricht, zumal er noch in die bewegten Zeiten des Jahres 1920 zurückgreift.

Im Juli dieses Jahres äußerte der Kaufmann Przybylla aus Königshütte im „Hotel Swierkhaniec“, der Verleger Artur Trunkhardt sei trotzdem von der deutschen Seite zum Magistratsmitglied gewählt worden, obwohl er mehrere Morde auf dem Gewissen habe. Der Verleger Trunkhardt leitete deshalb gegen Przybylla eine Privatklage wegen Verleumdung bzw. Beleidigung ein, die am letzten Donnerstag zur Verhandlung gelangte. Der Angeklagte Przybylla gab ohne weiteres zu, die Äußerung

getan zu haben, für die er auch den Wahrheitsbeweis zu erbringen imstande sei. Als Zeugen ließ er dann den Lubliner Starosten Wjglenda, den Kattowitzer Gerichtsapplikanten Wilgel sowie den Rybniker Kreisvorsitzenden des schlesiſchen Ausschüſsenverbandes Piechajel, vorladen. Alle drei sollen im Jahre 1920 dabei gewesen sein, als ein Protokoll angefertigt wurde, in dem gegen den Verleger Trunkhardt der Vorwurf erhoben worden ist, daß Trunkhardt verschiedene Personen anwarb, die Handgranaten gegen bestimmte Leute zu werfen hatten. — Das Gericht verlagte darauf die Verhandlung, zu der Verleger Trunkhardt selbst nicht erschien, sondern nur sein Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. Podkowiak.

Hier in diesem Falle darf man wirklich gespannt sein, was die drei vom Beklagten beantragten Zeugen aussagen werden. Werden sie ihren früheren Freund Trunkhardt schützen oder nicht? Das scheint uns, trotzdem die einstige Freundschaft in die Brüche gegangen ist, sehr wahrscheinlich zu sein, denn in den Urteilen der Plebiszitzeit wühlte wohl niemand gern.

Das pornographische Wochenblatt Marchwidi's konfisziert

Für die Zeitdauer von einem Jahre. — Das Ende eines Standalblättchens.

Die Auswirkungen des Pressedekrets bekam auch der Verleger der „Kowiny Stonkie“, Redakteur Wojciech Marchwick, zu fühlen, dessen pornographisches Standalblättchen für die Zeitdauer von einem Jahre gesperrt wurde. Ohne Zweifel wird dieses Gerichtsurteil in weiten Kreisen der Bürgerschaft und der Geschäftswelt ein gewisses befreiendes Gefühl auslösen, weil viele Kaufleute und Privatpersonen durch Veröffentlichung tendenziös gefärbter und aufgebauschter Artikel über ihre moralische Lebensführung und angeblichen Geschäftstaktiken äußerst geschädigt wurden, da ihr öffentliches Ansehen untergraben wurde.

Diese Konfiskation bzw. Sperrung des Blattes erfolgte am Sonnabend durch Gerichtsbeschluss des Kattowitzer Kreisgerichts. Verhandelt wurde gegen den verantwortlichen Redakteur Robert Stryzsko wegen Veröffentlichung des Artikels „Sekretarz Partfi Bogan Dr. Bobr“ in Nummer 32 des vorgenannten Blattes. Wegen den Leiter der Abteilung für Mische und Monopol bei der Finanzabteilung in Kattowiz Dr. Adam Bobr wurden Anwürfe erhoben und von diesem behauptet, daß er seinen Unterbeamten durch Beitritt in die „Partija Pracy“ mit keinem guten Beispiel gebiete habe, welche ihrerseits der Partei angeblich beitreten, um ihre „dunkle“ Vergangenheit zu verulischen. Gleichzeitig wurde indirekt auch Dr. Bobr der gleiche Vorwurf gemacht und die Behauptung aufgestellt, daß derselbe durch den erfolgten Beitritt seine „dunkle“ Vergangenheit gleichfalls verulischen bzw. ungeschehen machen wollte.

Der Angeklagte, Redakteur Stryzsko, erklärte bei seiner Vernehmung, den fraglichen Artikel vor Veröffentlichung nicht gelesen zu haben.

Theater und Musik

„Jugend im Mai“.

Singspiel in 3 Akten von R. Schanzer und E. Welisch. Musik von Leo Fall.

Aus dem Inhalt: Die Zöglinge eines ebenso strengen wie kuriosen Lyzeums vergnügen sich während einer kurzen Abwesenheit des Direktors und seiner Frau aufs Beste. In dieses Dyll plakt eine Prinzessin mit ihrer Hofdame hinein, deren Wagen auf der Fahrt nach der Residenz beschädigt ist und die nun auf eine neue Reisegelegenheit wartet. Zwischen der Prinzessin und einem dachtenden Primaner entspinnt sich ein zarttes Liebesverhältnis. Auch des Hilfslehrers Liebste erscheint im Lyzeum, um sich ihren Schatz, der ihr einen Abgabebrief geschrieben, zurückzuerobern. Für alle zu früh trifft die strenge Rektorin ein, die zum Empfang eines neuen rekrutierten Zöglings gekommen ist. Und nun entspinnen sich Verwickelungen, Schlußreden usw., die zum Tollwachen sind. Der Primaner wird beim Dichten erwischt, sein Gedichtband wird die Veranlassung zum sofortigen Ausschleiden aus der Benne, und siehe da, in der traurigen Lage des Alleinseins gesellt sich das Prinzesschen zu ihm, das auch nicht an einen fremden Mann verknüpft werden will, wie die Absicht besteht, sondern mit ihrem Leuthold in die Welt wandern will. Auch Sennelore hat sich inzwischen aus ihrer Verkleidung des neuen Zöglings, die sie in der Not ausführen mußte, als richtiggehende „Wirtin zum roten Krebs“ entpuppt, der richtige Umwand ist eingetroffen, alles kommt ans Tageslicht. Der Hilfslehrer flieht und zieht mit seiner glücklichen „Krebsin“ in deren Heim. Hier finden sich denn auch die Prinzessin und ihr zukünftiger Gatte, der Suchensteinische Fürst, nur Leuthold bleibt allein übrig, doch auch seine Jugend wird überwunden.

Jugend, Liebe und Mai stehen im Mittelpunkt des Ganzen, die stellenweise süßliche Sentimentalität wird durch Plothes

Tempo und lustige Momente wieder weit gemacht. Leo Fall hat eine recht nette, melodische Musik dazu geschrieben, auch der alte Walzer lebt von neuem auf, so daß man wohl sagen kann, daß im allgemeinen dieses Singspiel recht gefällig und unterhaltend ist.

Gespielt, gesungen und getanzt wurde sehr gut. Felix Oberhoffer brachte mit seinem Orchester die fallischen Schlager recht flott und temperamentvoll zu Gehör. Im Mittelpunkt des Erfolges stand unweifelhaft „Mimi Furch als Hannefore, die zum Umbeizeln häßlich, ammutig und quirkig war. Ihr Spiel bessert sich wesentlich von Stille zu Stille und wenn auch die gesungene Seite viel zu wünschen übrig läßt, so entschädigt hier doppelt der Liebreiz und tänzerische Begabung. Ilona Halden war ebenfalls eine sehr lebensmerie Prinzessin, ihre stimmlichen Leistungen recht anerkennenswert. Ein Kapitel für sich sind Melanie Mühlhans (Sopran) und Hansi Mahler-Runge (Rektorin), deren vortreffliche Komik für eine kräftige Tätigkeit der Lachmuskeln sorgten. Martin Ehrhard spielte und sang den Hilfslehrer mit gewohntem Erfolg, Hans Lindner fand für den schwärmenden Primaner ebenfalls den richtigen Ausdruck. Geradegu glänzend gestaltete Reinhold Gronert den tollkühnen Rektor. Diese Rollenliste muß man gesehen haben. Erwähnenswert sind ferner der Tobelhoff von Arthur Cinosky, Franz Madl als Schullehrer mit seinem Schlagwort „Beim seligen Tacitus“ und Heinz Gerhard als Fürst Egor. Alle übrigen Rollen waren bestens besetzt. Die Schlagerlieder gelangen recht nett, die Tanzszenen, welche Siesja Kraljewa eingeleitet und am Schluß selbst mitmachte, zeugten von dem guten Talent der Balletmeisterin. Die Kostüme der damaligen Zeit — um 1850 — waren sehr geschmack- und stilvoll, die Bühnenschilder (Hermann Handl) recht nett, auch die Ausstattung derselben. Der reizende Liebesgott im 1. Akt gefiel ausgezeichnet, desgleichen die muntere Schar der Zöglinge.

Das ausverkaufte Haus amüsierte sich köstlich und spendete reichen und auch wohlverdienten Beifall. Es war ein sehr vergnügter Abend.

